

Eingang:

Frankfurt, 31. Januar 2012

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Von den Finanzmärkten entkoppeln Eine Bürger-Bank für Frankfurt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt entkoppelt sich von den Zwängen der internationalen Finanzmärkte, indem sie ein eigenes öffentlich-rechtliches Geldinstitut im Sinne von § 1 KWG (Gesetz über das Kreditwesen) gründet.

Das Institut soll kein eigenes Filialnetz besitzen und primär folgende Aufgaben erfüllen:

- Refinanzierung der Kommune
- Zweckgebundene Verwendung der Einlagen zur Finanzierung alternativer und nachhaltiger Projekte in Frankfurt in den Bereichen Wohnen, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr und Soziales

Begründung:

Um sich von den Finanzmärkten zu entkoppeln, bedarf es technisch keiner Gründung einer Bank. Doch das Kreditwesengesetz und die Regularien der BaFin machen diesen Schritt notwendig.

Frankfurt wird sich in den kommenden Jahren vermehrt refinanzieren müssen. Die bisherigen Refinanzierungsbedingungen über den Finanzmarkt werden von den sogenannten Ratings beeinflusst. Je nach Rating variieren die Zinssätze, die eine Kommune bezahlen muss. Die Gründung eines eigenen öffentlich-rechtlichen Instituts wird Frankfurt dem Diktat der Ratingagenturen entziehen.

Statt in Fonds, Aktien oder Lebensversicherungen von privaten Finanzinstituten, die ihnen wenig Vorteile bringen, bietet die Gründung eines Frankfurter öffentlich-rechtlichen Geldinstituts den FrankfurterInnen die Gelegenheit, ihr Geld in alternative Projekte in ihrer Kommune anzulegen. Durch die zweckgebundene Einlage könnten FrankfurterInnen darüber bestimmen, wofür ihr Geld verwendet wird. Solche alternative Möglichkeiten wären zum Beispiel die Finanzierung von bezahlbaren und nachhaltigen Wohnprojekten oder die energetische Erneuerung von Bestandsimmobilien, sowie die Finanzierung von ökologischer Energieversorgung, Abfallentsorgung und des öffentlichen Nahverkehrs. In ihrer Tätigkeit kann sich das öffentlich-rechtliche Institut am Geschäftsmodell anderer alternativer Geldinstitute orientieren.

Außerdem wäre angesichts der massiven Probleme der privaten Banken die Stadt Frankfurt ein solventer Partner für alle, die ihr Geld sicher anlegen wollen.

Mit dem Verzicht auf ein eigenes Filialnetz soll deutlich gemacht werden, dass das neu zu gründende Institut nicht in Konkurrenz mit den Sparkassen und Volksbanken steht. Die Gründung eines eigenen Geldinstituts dient ausschließlich der Entkoppelung von den Finanzmärkten und der Förderung von alternativen Anlagemöglichkeiten für FrankfurterInnen.

DIE LINKE. im Römer

Lothar Reiningger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Dominike Pauli

Stv. Carmen Thiele

Stv. Peter Gärtner

Stv. Merve Ayyildiz